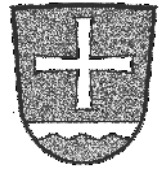


Gemeinde Straßlach-Dingharting

Landkreis München



Kriterien zur Entwicklung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen (PV-FFA) in der Gemeinde Straßlach-Dingharting

Präambel

Im Gemeindegebiet Straßlach-Dingharting werden bereits heute beachtliche Mengen an erneuerbarer Energie gewonnen. Hierzu tragen neben vereinzelten Photovoltaikanlagen auf Dächern, Pelletheizungen, Hackschnitzelheizungen und Blockheizkraftwerke in den einzelnen Gemeindeteilen bei. In Planung ist ein Nahwärmenetz und eine Hackschnitzelheizzentrale betrieben durch die Gemeinde.

Im Sinne des Klimaschutzes durch Umstieg von fossilen Energieträgern auf regenerative Energien in den nächsten Jahren steht die Gemeinde Straßlach-Dingharting einer weiteren Ansiedlung von Anlagen zur Gewinnung erneuerbarer Energien grundsätzlich offen gegenüber. Jedoch gibt es im Gemeindegebiet keine Potentialflächen für PV-FFA, sondern nur potentiell geeignete Flächen. Eine Standortanalyse für das Gemeindegebiet gibt es nicht.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist mit Blick auf den Klimawandel und eine energetische Unabhängigkeit sowie Versorgungssicherheit augenscheinlich unabdingbar. Die Gemeinde möchte mit dem Kriterienkatalog den Ausbau von PV-FFA regeln um ggfls. die Akzeptanz in der Bevölkerung zu fördern. Weitere Erzeugungsformen, wie Windkraft und Geothermie sind damit nicht ausgeschlossen. Der Bau eines Solarparks im Außenbereich erfordert die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans und die Änderung des Flächennutzungsplans. Eine PV-Anlage als privilegiertes Vorhaben ist ausgeschlossen.

Vor der Durchführung solcher Bauleitplanverfahren will der Gemeinderat anhand von Kriterien, welche für das gesamte Gemeindegebiet gelten, abwägen und entscheiden, unter welchen Voraussetzungen Freiflächenphotovoltaik über die Bebauungsplanung verträglich mit Landschaftsbild und weiteren Belangen ermöglicht werden soll.

Bei der Ausweisung von Flächen für PV-FFA und gesetzlich notwendigen Ausgleichsflächen sind insbesondere die Belange der Land- und Forstwirtschaft zu berücksichtigen.

Im Rahmen eines Bauleitplanverfahrens ist auch bei PV-FFA eine Umweltprüfung durchzuführen.

Die Kriterien dienen einerseits der Selbstbindung und sollen den Gemeinderat und die Verwaltung dabei unterstützen, über konkrete Anfragen und Anträge objektiv zu entscheiden.

Das Kriterium „Sichtbarkeit und Landschaftsbild“ ist dabei besonders hervorzuheben.

Handlungsleitfaden

Künftig werden Entwicklungsanfragen für PV-FFA in der Gemeinde erwartet.

Der Gemeinderat Straßlach-Dingharting möchte sich mit den folgenden Parametern einen Rahmen als Entscheidungsgrundlage und Handlungsleitfaden schaffen.

Interessenten, die auf dem Gemeindegebiet einen Solarpark für PV-FFA errichten wollen, müssen gegenüber der Gemeinde nachvollziehbar darlegen, dass ihre Projekte den Kriterien entsprechen und wie sie ihr Projekt im Hinblick auf die in den Kriterien benannten Aspekte ausgestalten werden.

Der Gemeinde Straßlach-Dingharting ist das Thema „Sichtbarkeit und Landschaft“ wichtig.

Daher ist es als Ausschlusskriterium formuliert.

Die weiteren Kriterien sind als Abwägungskriterien zu verstehen.

Einen formellen Rahmen gibt die Gemeinde nicht vor.

Um den Antrag prüfen zu können, ist bereits bei Antragstellung der genaue Geltungsbereich des Bebauungsplanes vom Antragsteller festzulegen und die Netzanbindung durch den Netzbetreiber nachzuweisen. Ein Bebauungsplanverfahren wird ungeachtet der nachfolgenden Kriterien erst ab einer Mindestgröße von 2 Ha in Betracht gezogen.

Die Kosten des jeweiligen Bauleitplanverfahrens hat unabhängig vom Ausgang des Verfahrens der Antragsteller in der der Gemeinde entstandenen Höhe zu tragen.

Erst wenn der Gemeinderat einen Beschluss für die Aufstellung eines Bebauungsplanes fasst, kann das entsprechend notwendige Bauleitplanverfahren begonnen werden.

Detaillierte Vereinbarungen zur Ausgestaltung des Projektes werden vor der Umsetzung verbindlich in einem städtebaulichen Vertrag, zunächst einer Kostenübernahmeerklärung, festgehalten.

Darin wird unter anderem auch festgelegt, in welchen Fällen ein Abweichen von der vereinbarten Ausgestaltung des Projektes und von der angekündigten Art der Pflege der Solarparkfläche dazu führt, dass ein Bußgeld gegen den Betreiber verhängt werden kann.

Überdies ist sowohl eine Bauverpflichtung für den Antragsteller zu vereinbaren mit Fristen für Beginn und Ende der Errichtung der PV-FFA wie folgt:

- Baubeginn: spätestens 1 Jahr, nachdem der Bebauungsplan rechtskräftig geworden ist,
- Fertigstellung: spätestens 2 Jahre nach Baubeginn,

als auch eine Rückbauverpflichtung für den Fall einer dauerhaften Nutzungsaufgabe, ggfls. gesichert durch eine Bürgschaft für den gesamten Rückbau.

Standortauswahl:

PV-FFA sollen möglichst auf vorbelasteten Standorten realisiert werden (Grundsatz im Landesentwicklungsprogramm Bayern LEP).

Ein Standort ohne Vorbelastung ist daher mit dem Grundsatz regelmäßig nur dann vereinbar, wenn (a) geeignete vorbelastete Standorte nicht vorhanden sind und (b) der jeweilige Standort im Einzelfall sonstige öffentliche Belange nicht beeinträchtigt.

Bei der Standortauswahl ist grundsätzlich zu beachten:

1. Ausschluss grundsätzlich nicht geeigneter Standorte

(siehe Nr. 1 der Anlage „Bau- und planerische Behandlung von PV-FFA“ des StMWBV vom 10.12.2021 - **Ausschlussflächen**).

Diese Standorte sind für die Errichtung von PV-FFA aus rechtlichen und/oder fachlichen Gründen grundsätzlich ungeeignet.

2. Ausschluss nicht geeigneter Restriktionsflächen

(siehe Nr. 2 der Anlage „Bau- und planerische Behandlung von PV-FFA“ des StMWBV vom 10.12.2021 – **Restriktionsflächen**).

Dies sind Flächen, die für die Errichtung von PV- FFA nur bedingt geeignet sind. Diese Flächen haben in der Regel eine große Bedeutung für Natur und Landschaft. Vor diesem Hintergrund ist im Rahmen einer Prüfung des Einzelfalls darzulegen, ob und warum die mit der Errichtung von PV- FFA verbundenen Auswirkungen auf Natur und Landschaft am konkreten Standort aus naturschutzrechtlicher und fachlicher Sicht vertretbar sind.

3. Geeignete Standorte

Nach Ausschluss der nicht geeigneten Standorte nach Nrn. 1 und 2 verbleiben die grundsätzlich geeigneten Standorte. Diese sind insbesondere:

- versiegelte Konversionsflächen
- Siedlungsbrachen und sonstige brachliegende, ehemals baulich genutzte Flächen

- Abfalldeponien sowie Altlasten und Altlastenverdachtsflächen
- Sonstige durch Infrastruktur-Einrichtungen veränderte Landschaftsausschnitte, z.B. Hochspannungsleitungen
- Flächen ohne besondere landschaftliche Eigenart, insbesondere in Lagen ohne Fernwirkung. Auf den grundsätzlichen Vorrang vorbelasteter Standorte wird hingewiesen.

Kriterien

Für die Einleitung eines Bauleitplanverfahrens zur Aufstellung eines Bebauungsplans für die Errichtung einer PV-FFA im Außenbereich der Gemeinde Straßlach-Dingharting gelten folgende Kriterien:

1. Mindestgröße der PV-FFA-Fläche

Die Mindestgröße der Anlage muss zwei Hektar betragen

2. Netzanbindung

In jedem Fall muss eine Zusage durch den Netzbetreiber vor Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens vorliegen. Die Anbindung der PV-FFA an das Stromnetz soll per Erdverkabelung erfolgen. Eine Anbindung an eine Oberleitung muss im Bedarfsfall geprüft werden.

3. Sichtbarkeit/Landschaftsbild (Ausschlusskriterium)

Nicht erlaubt sind PV-FFA

- 3.1** in der Nähe von denkmalgeschützten oder besonders positiv prägenden Gebäuden.
- 3.2** bei erheblicher Störung des Orts-, Kultur- und Landschaftsbildes, vor allem von unter besonderem gesetzlichem Schutz stehenden Gebieten (z.B. Landschaftsschutzgebiete oder geschützte Biotope) sowie weithin sichtbaren, das Landschaftsbild prägenden, wertvollen Landschaftsteilen und Landschaftsteilen, die der Naherholung dienen.
- 3.3** zur Bewahrung vor die Sicht störenden Einflüssen; es sind ein geeigneter Abstand einzuhalten bzw. kompensierende landschaftsbauliche Maßnahmen zu ergreifen (siehe dazu auch weitergehende Definition in Punkt 2.).
- 3.4** in exponierten Lagen, im Umfeld von 200 m um Aussichtspunkte und in besonderen Sichtachsen.
- 3.5** In einem Mindestabstand von 50 m zu Waldrändern.

Fachliche Anmerkung:

Gemäß IMS 2011 gilt das „Anbindungsgebot an Siedlungen“ nach Landesentwicklungsprogramm (LEP) nicht für die Ausweisung von Bauflächen für PV-FFA.

4. Agri-PV Anlagen

Die jeweilige Hanglage, auch eine nördliche Ausrichtung, der zur Bebauung mit PV-FFA vorgesehenen Grundstücke muss als Kriterium nicht berücksichtigt werden. Dies betrifft insbesondere Agro-Fotovoltaik, bei der Flächen unter den Modulen landwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzt werden.

Der Gemeinderat behält sich Einzelfallentscheidungen vor.

5. Störungen für Gebäude mit Wohnnutzung oder Fremdenverkehrsfunktion

PV-FFA dürfen für Gebäude mit Wohnnutzung oder Fremdenverkehrsfunktion optisch keine wesentlichen Störungen auslösen. Dies wird erreicht z.B. durch:

- 5.1** eine am Standort geeignete Kombination aus Abstand und landschaftsbaulichem Sichtschutz.
- 5.2** Einhaltung eines Abstands zu Gebäuden mit Wohnnutzung oder Fremdenverkehrsfunktion von mindestens 200 m (der Bau einer PV-FFA in Sichtbeziehung zur Wohnbebauung ist auch mit einem geringeren oder sogar ohne Abstand und/oder Sichtschutz möglich, wenn die betroffenen Eigentümer ihr Einverständnis schriftlich erklären).
- 5.3** Siedlungsentwicklung: Vorbehalt von Entwicklungsflächen für Wohn-, Gewerbe- und Fremdenverkehrsnutzung für diese Nutzungen. Der Nahbereich zu Siedlungen ist daher zu meiden.
- 5.4** Nutzung von bereits versiegelten Flächen, Konversionsflächen und Flächen im Nahbereich von Straßen (Präferenz gegenüber anderen Standorten).

Der Gemeinderat behält sich Einzelfallentscheidungen vor.

6. Landwirtschaftliche Qualität der Böden

Der Bau von PV-FFA soll nicht zu einer Verknappung qualitativ besonders hochwertiger landwirtschaftlicher Flächen führen. Eine Beurteilung der landwirtschaftlichen Qualität des Bodens erfolgt durch das Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Ebersberg (AELF).

7. Natur- und Artenschutz-Verträglichkeit

- a) Im Vorfeld eines Bauleitplanverfahrens muss nachgewiesen werden, wie die Fläche nach Inbetriebnahme gepflegt werden wird, einschließlich des Abflusses von Regenwasser, welches flächig versickert werden soll. Die Pflege muss möglichst so erfolgen, dass die Artenvielfalt auf den Flächen gefördert wird.
- b) Orientierung bietet dabei das gemeinsame Papier der bayerischen Umweltverbände. Es empfiehlt eine extensive Pflege der Flächen, z.B. mit Schafbeweidung oder Mahd. Ackerflächen können mit Heudrusch nahe gelegener, artenreicher Wiesen oder mit Wildpflanzensaatgut aus regionaler Produktion eingesät werden.
- c) Bis zum 15. Juni eines Kalenderjahres soll keine Mahd erfolgen.

Erläuterung/Konkretisierung der Vorgaben hinsichtlich Natur- und Artenschutz (mögliche Festsetzungen im Bebauungsplan)

- 7.1** PV-FFA können sich störend auf das Landschaftsbild und den Erholungswert auswirken. Deshalb sollten die Anlagen in die Landschaft eingebunden werden. Sofern es zum Erscheinungsbild der Landschaft passt, kann dies z.B. durch die Anlage einer 3 m breiten naturnahen Hecke erfolgen. Hecken können darüber hinaus auch als Nahrungshabitat sowie als Brutplatz für Gebüsch- und Heckenbrüter dienen.
- 7.2** Umzäunungen der PV-FFA müssen so gestaltet werden, dass sie Natur- und Artenschutz fördern. Die Umzäunungen müssen einen Mindestabstand von mindestens 20 cm vom Boden einhalten, um eine Durchlässigkeit für Kleintiere zu gewährleisten.
- 7.3** Die Aufständigung der Solaranlagen sollte ausreichend Platz vom Boden bis zur Unterkante der Solar-Module betragen, damit Tiere darunter durchwandern können. Als Richtwert gelten 80 cm Abstand, damit z.B. Schafe problemlos zur Pflege der Flächen eingesetzt werden können.
- 7.4** Die Fläche unterhalb der Photovoltaik-Module sollte im Sinne einer ökologisch orientierten und artenschutzfördernden Bewirtschaftung gepflegt werden. Dies beinhaltet den Verzicht

auf chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel und auf Gülle oder andere Düngemittel (Stichwort: Biodiversität).

- 7.5 Die Pflege der Fläche muss so gestaltet sein, dass verschiedene Arten von einheimischen (Blüh-) Pflanzen und Insekten (wie Bienen) sich dort ansiedeln können.
- 7.6 Die Pflege der Fläche muss mit einer mechanischen Mahd oder Schafbeweidung erfolgen. Die Flächen sollten möglichst abschnittsweise gemäht werden (nicht die komplette Fläche an einem Tag).
- 7.7 Die Mahd muss zeitlich so erfolgen, dass zuvor ein Abblühen der Blühpflanzen möglich ist. Allerdings sind Unkräuter, die sich nachteilig auf benachbarte, landwirtschaftliche Flächen auswirken (z.B. Disteln, o.ä.) ggfs. mechanisch vor dem Samenflug in einer früheren Mahd zu beseitigen.
- 7.8 Die Möglichkeit, Bienenkästen oder eine Imkerei auf der Anlage zu unterhalten, muss geprüft und bei Möglichkeit umgesetzt werden. Die Ausgleichsflächen, die bereit zu stellen sind, müssen sich sinnvoll in das lokale Ökosystem einfügen.
- 7.9 Die PV-FFA muss so gestaltet werden, dass heimische Niederwildtiere nicht maßgeblich in ihrem Lebensraum eingeschränkt werden. Gegebenenfalls müssen Wildkorridore vorgesehen werden.

* Heudrusch: Besondere Art der Mahd, welche autochtones Saatgut begünstigt

8. Regionale Wertschöpfung / Wahrung kommunaler Interessen

- 8.1 Bürgerbeteiligungsmodell: Projekte, die ein Bürgerbeteiligungsmodell ermöglichen, sind wünschenswert.
- 8.2 Die Gewerbesteuererinnahmen sollen so hoch, wie es das Steuerrecht zulässt, der Gemeinde Straßlach-Dingharting zukommen, d.h. der Betriebssitz soll soweit möglich in das Gemeindegebiet gelegt werden. Darüber hinaus ist ein städtebaulicher Vertrag zu schließen, der auch eine Weitergabeverpflichtung der getroffenen Regelungen auf den jeweiligen Rechtsnachfolger umfasst.
- 8.3 Die beiden letztgenannten Punkte sind wünschenswert, nicht verpflichtend, sie wirken sich positiv auf die Gesamtbewertung bei der Abwägung aus.
- 8.4 Sämtliche Kosten der Bauleitplanung trägt der Antragsteller.
- 8.5 Die Wahrung kommunaler Interessen regelt ein städtebaulicher Vertrag. Dieser umfasst u.a. die Verpflichtung zum Rückbau der PV-FFA nach Ablauf der Betriebslaufzeit - das Baurecht wird nur auf Zeit und nur für diesen Zweck geschaffen (vorhabenbezogener Bebauungsplan) -, die verbindliche Formulierung von Aspekten der Projektausgestaltung sowie Sanktionsmöglichkeiten bei Nichteinhaltung von Vertragsinhalten.

9. Begrenzung des jährlichen Zubaus an PV-FFA

- 9.1 Im Außenbereich des Gemeindegebiets der Gemeinde Straßlach-Dingharting muss die Anzahl der Anlagen vertraglich bleiben. Maximal sollen im Gemeindegebiet fünf Hektar ausgewiesen werden.
- 9.2 Liegen Anträge über mehr Fläche vor, entscheidet der Gemeinderat über eine sinnvolle Begrenzung.
- 9.3 Der Maßgebende Zeitpunkt ist der Aufstellungsbeschluss des Gemeinderates Straßlach-Dingharting für den Bebauungsplan.
- 9.4 Flächen, die von Seiten der Gemeinde Straßlach-Dingharting errichtet oder beauftragt werden, tragen zu dieser Obergrenze nicht bei.
- 9.5 Gesamtumfang und Verteilung: zudem wird auf eine ausgewogene Verteilung im Gemeindegebiet Wert gelegt.

Es wird ein Ausbau im Umfang von insgesamt mindestens 100 % des Gesamtstrombedarfs des Sektors der privaten Haushalte der Gemeinde Straßlach-Dingharting angestrebt.

10. Einzelfallentscheidung und Ortsbesichtigung

Der Gemeinderat behält sich vor, jederzeit vor Betriebsaufnahme der PV-FFA eine Ortsbesichtigung durchzuführen sowie zu allen vorgenannten Punkten von der jeweiligen Regelung abweichende Einzelfallentscheidungen zu treffen.

Wichtig ist es hervorzuheben, dass die Gemeinde Straßlach-Dingharting jederzeit die kommunale Planungshoheit für die städtebauliche Entwicklung des Gemeindegebietes besitzt. Durch die Bebauung mit PV-FFA wird zu keinem Zeitpunkt ein Präzedenzfall geschaffen, da jeder Standort spezifisch ist und durch den Gemeinderat separat bewertet wird.

Ziel

Ziel ist es, im Laufe der nächsten Jahre den Strombedarf für die Gemeinde Straßlach-Dingharting stetig zunehmend aus regenerativen Energien zu decken und dies in Verantwortung der Stadt-Land-Beziehung, verbunden mit einer regionalen Wertschöpfung und dezentral verteilt zu bewerkstelligen.

Der Gemeinderat wird spätestens vier Jahre nach Verabschiedung des Kriterienkataloges oder wenn ein Zubau an PV-FFA von insgesamt 5 Hektar erreicht ist, diese Kriterien neu überdenken und beraten.

Insbesondere ist zu diesem Zeitpunkt erneut zu beurteilen, ob ein weiterer Zubau an PV-FFA dann noch mit dem Landschaftsbild verträglich ist. Eine Konsequenz könnte sein, dass der Gemeinderat danach keinen weiteren Zubau mehr ermöglicht.

Straßlach-Dingharting, 13.03.2023

Anlage 1

Anlage Standorteignung1. Grundsätzlich nicht geeignete Standorte (Ausschlussflächen):

- Nationalparke, Nationale Naturmonumente, Naturschutzgebiete, Naturdenkmäler, geschützte Landschaftsbestandteile (§§ 23, 24 und 28, 29 BNatSchG)
- Kernzonen von Biosphärenreservaten
- Gesetzlich geschützte Biotope (§ 30 BNatSchG i.V.m. Art. 23 Bay-NatSchG)
- Rechtlich festgesetzte Ausgleichs- und Ersatzflächen (§ 15 BNatSchG)
- Wiesenbrütergebiete (vgl. Wiesenbrüter- und Feldvogelkultisse)
- In den Landschaftsplänen als Kern- und Vorrangflächen für den Naturschutz ausgewiesene Gebiete
- Alpenplan Zone C
- Boden- und Geolehrpfade einschließlich deren Stationen sowie Geotope
- Wasserschutzgebiete (§ 51 ff. WHG) und Heilquellenschutzgebiete (§ 53 WHG), sofern für die betreffende Schutzzone entgegenstehende Anordnungen gelten, und nicht eine Befreiungslage herbeigeführt werden kann
- Gewässerrandstreifen
- Gewässer-Entwicklungskorridore
- Überschwemmungsgebiete
- Natürliche Fließgewässer, natürliche Seen
- Böden mit sehr hoher Bedeutung für die natürlichen Bodenfunktionen gemäß BBodSchG
- Landwirtschaftlicher Boden überdurchschnittlicher Bonität

Anlage 2:

2. Eingeschränkt geeignete Standorte (= Restriktionsflächen) (soweit nicht Ziffer 1 einschlägig):

- Landschaftsschutzgebiete, auch in Form von ehemaligen Schutzzonen in Naturparks (s. a. Gl. Nr. 1.7. Zonierungskonzepte)¹.
- Bodendenkmäler i.S. von Art. 1 und 7 BayDSchG, soweit sie nicht ganz oder zum Teil über der Erdoberfläche erkennbar sind
- Pflegezonen von Biosphärenreservaten
- Besondere Schutzgebiete nach § 32 BNatSchG (= Natura 2000 Gebiete)¹.
- Flächen zum Aufbau und Erhalt des Biotopverbunds (gem. Art. 19 Abs. 1 BayNatSchG)
- Standorte oder Lebensräume mit besonderer Bedeutung¹
 - für europarechtlich geschützte Arten oder Arten, für die Bayern eine besondere Verantwortung hat
 - für besonders oder streng geschützte Arten des Bundesnaturschutzgesetzes oder der Bundesartenschutzverordnung
 - für Arten der Roten Listen 1 und 2 mit enger Standortbindung.
- Bereiche, die aus Gründen des Landschaftsbildes, der naturbezogenen Erholung und der Sicherung historischer Kulturlandschaften von besonderer Bedeutung sind, einschließlich weithin einsehbare, landschaftsprägende Landschaftsteile wie Geländerücken, Kuppen und Hanglagen und schutzwürdige Täler
- Vorranggebiete für andere Nutzungen
- Alpenplan Zone A und B
- Landschaftliche Vorbehaltsgebiete, regionale Grünzüge gemäß Regionalplan
- Großräumig (von Siedlungen oder überörtlichen Verkehrsachsen) unzerschnittene Landschaftsräume
- Moorböden mit weitgehend degradierter Bodenstruktur¹².
- Künstliche Gewässer, sofern sie am natürlichen Abflussgeschehen teilnehmen, hohe ökologische Bedeutung besitzen oder zur Naherholung genutzt werden

¹ In der Regel werden der Errichtung von PV-Freiflächenanlagen in diesen Gebieten bzw. auf diesen Flächen naturschutzrechtliche- und -fachliche Erwägungen entgegenstehen.

² Vorhaben, bei denen gezielt Maßnahmen zur Förderung einer nachhaltigen Regeneration von Moorböden umgesetzt werden, sind auf solchen Flächen grundsätzlich nicht ausgeschlossen.

Anlage 3:

Bewertungsmatrix PV-FFA: Standortfrage			
Bewertungskriterium	Trifft zu	Trifft teilweise zu	Trifft nicht zu
Konversionsflächen und andere vorbelastete Flächen, für die es keine andere Nutzung gibt	2 Punkte	1 Punkte	0 Punkte
Flächen direkt an Hochspannungstrassen	3 Punkte	1 Punkte	0 Punkte
Landwirtschaftlich genutzte Flächen in Wasserschutzgebieten gemäß LfU Merkblatt Nr. 1.2/9	4 Punkte	1 Punkte	0 Punkte
Flächen, die kaum einsehbar sind und auch aus der Fernwirkung das Landschaftsbild nicht beeinträchtigen	5 Punkte	1 Punkte	0 Punkte
Potentielle Erweiterungsflächen für Wohnbebauung, Gewerbe oder Landwirtschaft	0 Punkte	1 Punkte	2 Punkte
Flächen, die am Ortsrand gelegen sind und den Ortscharakter / das Ortsbild beeinträchtigen können	0 Punkte	1 Punkte	2 Punkte
Flächen, die in unseren natürlichen Naherholungsräumen liegen oder Jagdreviere einschränken würden	0 Punkte	1 Punkte	2 Punkte
Flächen, die in der Blickbeziehung von Kultur- oder Naturdenkmälern stehen bzw. das Landschaftsbild beeinträchtigen	0 Punkte	1 Punkte	2 Punkte
Die Punkte für jedes Bewertungskriterium sind zu addieren			
Entscheidungsmatrix mit Bewertungsempfehlung			
Erreichte Punktzahl	Empfehlung		
Bis 6 Punkte	Diese PV-FFA ablehnen		
7 - 8 Punkte	Diese PV-FFA nur in begründeten Ausnahmefällen zulassen		
ab 9 Punkte	Diese PV-FFA sollten zugelassen werden		